

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen Flüchtlingen

am Dienstag, **30.05.2006**, 17:00 Uhr,
Raum 2/2, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Magdalene Gefroi , Herr Richard-Michael Halberstadt , Herr Andreas Nicklas

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes

von der FDP-Fraktion

Herr Wolfgang Klein

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Ursula Blankenstein

von der PDS/LL

Herr Ali Atalan ,

von der Verwaltung

Herr Rolf Finke , Herr Jochen Köhnke , Herr Hans-Joachim Schlumm

für die Schriftführung

Frau Susanne Jostameling

von Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Ilse Schleef

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es fand kein nicht-öffentlicher Sitzungsteil statt.

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|----|--|
| | 1. | Genehmigung der Tagesordnung |
| | 2. | Genehmigung der Niederschrift vom 16.03.06 |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0128/2006</u>
V | 4. | Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (Privjet III) |
| <u>V/0228/2006</u>
V | 5. | Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen / Westlich Prins-Claus-Kaserne |
| | 6. | Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen |
| | 7. | Bericht des Sozialamtes |
| | 8. | Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten |
| | 9. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Zusätzlich wurde die Ergänzungsvorlage V0228/2006/1 mit auf die Tagesordnung genommen. Die Ergänzungsvorlage wurde per E-Mail und per Ratspost zugeleitet. Darüber hinaus gab es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Niederschrift vom 16.03.06**

Herr Finke bat in der Niederschrift der letzten Sitzung in seinem Zitat zu ToP 7 das Wort „nicht“ zu streichen. Es muss lauten: „Wer länger als 3 Jahre in Münster aufhältig ist und seine Mitwirkungspflichten erfüllt, erhält Leistungen nach § 2 AsylbLG, analog SGB XII.“ Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift genehmigt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Köhnke teilte mit, dass den Mitgliedern der Kommission eine Broschüre zur Zukunftskonferenz, zugeleitet wurde. Demnächst wird es eine zweite Zukunftskonferenz geben, welche die Vereinbarung in die Praxis umsetzt. Die Inhalte, die durch den Ausländerbeirat initiiert wurden, werden in das Migrationsleitbild mit einfließen.

Punkt 4 der Tagesordnung
V/0128/2006**Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (Privjet III)**

Herr Claahsen stellte die Vorlage vor und erläuterte die Inhalte.

Die Vorlage wurde wie vorgegeben beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der 2003 beschlossene Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wird mit den Maßnahmen des Projektes Privjet III sowohl im Stadtteil Hilstrup, in den Jugendzentren Lorenz-Süd und Fachwerk Gievenbeck als auch in der Fürstenbergschule bis Mitte 2009 fortgeführt.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0228/2006

Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen / Westlich Prins-Claus-Kaserne

Herr Köhnke erläuterte zur Vorlage:

Kurzfristig wurde an ihn durch das Liegenschaftsamt das Angebot herangetragen, welches eine Unterbringung der jüdischen Emigranten kostengünstiger als bisher geplant, möglich macht. Um Kosten zu sparen wurde das Angebot aufgegriffen. Um den Vorschlag mit der Mediationsgruppe abzustimmen, wurden alle ehemals Beteiligten des Mediationsprozesses angeschrieben und ihnen der Sachverhalt geschildert. Der Standort Mitte / Nord wird verlagert zu einem Standort Mitte West.

Im Bezirk Mitte West fällt die bestehende Einrichtung „Philippistraße“ weg.

Die Rückmeldungen zur Standortänderung waren einstimmig zustimmend.

Üblicherweise werden 50 Personen an einem Standort untergebracht. Die Ergänzungsvorlage spricht von einem Platzbedarf für 30 bis 40 Personen. Da sich aktuell keine 50 jüdischen Emigranten in der Unterkunft befinden, wird auch nicht der Platzbedarf für 50 Personen vorgesehen. Der Investor nimmt wohnungsweise Kapazitäten zurück, wenn die Zahl der jüdischen Emigranten und somit der Platzbedarf abnimmt. Dies ist ein sehr tragfähiges und umsetzbares Konzept im Rahmen des ppp-Modells, um Kosten zu sparen.

Normalerweise wird die Umsetzung des Standortes ausgeschrieben. Hier jedoch ist der Investor ebenfalls Eigentümer des Grundstücks und nicht die Stadt.

Die Vorlage wurde im Entwurf der Ergänzungsvorlage einstimmig beschlossen.

Nachfolgend ist der Text der Ursprungsvorlage. Diese Beschlusspunkte wurden durch die Ergänzungsvorlage überholt.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Auf dem Areal der Prins-Claus-Kaserne wird eine neue Einrichtung für jüdische Emigranten errichtet.
2. Abweichend von den bisherigen Regelungen wird die Einrichtung durch den Investor des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 501 „Westlich Prins-Claus-Kaserne“ errichtet. Die vom Rat beschlossenen Richtlinien über die baulichen Standards in Übergangswohnheimen für Flüchtlinge der Stadt Münster vom 19.12.2001 finden hier keine Anwendung.
3. Die Einrichtung wird so gebaut, dass entsprechend des sich

abzeichnenden langsam sinkenden Bedarfes, Wohneinheiten sukzessiv an den Investor zurückgegeben werden können.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mietkonditionen mit dem Investor auszuhandeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieser Beschluss wurde durch die Ergänzungsvorlage wie folgt verändert:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Auf dem Areal des damaligen Landesveterinäramtes an der Von-Esmarch-Straße werden ca. 30 bis 40 Plätze für die Erstunterbringung von jüdischen Emigranten errichtet. .
2. Abweichend von den bisherigen Regelungen wird die Einrichtung durch den Investor auf dem Areal der Von-Esmarch-Straße errichtet. Die vom Rat beschlossenen Richtlinien über die baulichen Standards in Übergangswohnheimen für Flüchtlinge der Stadt Münster vom 19.12.2001 finden hier keine Anwendung.
3. Die Einrichtung wird so gebaut, dass entsprechend des sich abzeichnenden langsam sinkenden Bedarfes, Wohneinheiten sukzessiv an den Investor zurückgegeben werden können.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mietkonditionen mit dem Investor auszuhandeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen

Herr Köhnke berichtete:

Über eine Umsetzung des Standortes „Maikottenweg“ wird nach Entscheidung des Oberbürgermeisters, erst im Jahr 2007, nach Bedarfsplanung erneut entschieden. Die in der Nähe liegende Einrichtung „Manfred-von-Richthofenstraße“ konnte wieder erwarten länger genutzt werden.

In der Vorlage zur Standortumsetzung „Maikottenweg“ wurde festgelegt, dass 2005 erneut über die weitere Entwicklung zu entscheiden sei. Die weiteren Bedarfs- und Entwicklungsplanungen sind nun auf 2007 verschoben.

Ein entsprechendes Schreiben dazu ist an die Fraktionsvorsitzenden und die fraktionslosen Mitglieder des Rates geschickt worden.

Es fand im April ein Austausch der Ehrenamtlichen statt, die in den Flüchtlingseinrichtungen tätig sind. Die wichtige Integrationsarbeit der Ehrenamtlichen sollte ausreichend wertgeschätzt werden. An diesem Abend wurde erkennbar, dass noch Informationsbedarf vorhanden ist zu den ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen. Herr Schlumm hat sich bereit erklärt am 29.

Juni in den Räumen des CVJM hierzu eine weitere Veranstaltung anzubieten. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kommission sind herzlich eingeladen.

Ein Redakteur aus dem brasilianischen Fernsehen hat über die Deutsche Welle Informationen über Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Münster erhalten. Er hat in der Flüchtlingseinrichtung an der Böttcherstraße gefilmt zur Thematik „Deutschland und die Deutschen“.

Herr Köhnke gab den Hinweis auf das Projekt SROI. Insbesondere in nordischen Ländern wird Consulting Investment genutzt. In Münster wird es im Rahmen des INTERREG-Projektes auf der Ebene von Wirkungsverträgen vorgestellt. Hierzu gibt es 3 Veranstaltungen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht des Sozialamtes

Ein Bericht des Sozialamtes ist als Anlage beigelegt.

Darüber hinaus teilte Herr Finke mit:

Aktuell wohnen noch 28 jüdische Emigranten in der Einrichtung.

Herr Finke versucht noch, sie in Wohnungen zu vermitteln.

Die Philippstraße wird zum 01.08.06 an die Liegenschaftsverwaltung zurückgegeben.

Die dort noch wohnhaften Familien ziehen um zur Wareндorferstraße, zum Nordkirchenweg, zur Böttcherstraße und zur Friedrich-von-Ebert-Straße.

Herr Köhnke berichtete, dass mit Freizug der Philippstraße wieder eine 80%-ige Auslastung der bestehenden Flüchtlingseinrichtungen erzielt wird, was durch die sozialverträgliche Belegung einer 100 %igen Auslastung entspricht. Durch die permanente Planung entspricht das Ist dem Soll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten

Herr Atalan fragte nach ob es eine Altfallregelung gäbe.

Herr Schlumm berichtete, dass es noch keine Altfallregelung gäbe.

Aktuell sind 300 AsylbewerberInnen im Verfahren. Es gibt ca. 1.600/1.650 geduldete Personen.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gibt es keine Spezialregelung. Es ist häufig schwierig das Alter der Jugendlichen zu ermitteln. Das Amt für Ausländerangelegenheiten arbeitet dabei in Kooperation mit dem Kommunalen Sozialdienst. Die eigenen Altersangaben sind schon aufgrund der äußeren Erscheinung zweifelhaft. Soweit nicht offensichtlich von Volljährigkeit ausgegangen werden kann, wird das Vormundschaftsgericht eingeschaltet. Oft werden dann Verwandte oder Bekannte als Vormund eingesetzt. In aufenthaltsrechtlichen Verfahren sind Minderjährige ab 16 Jahren handlungsfähig. Das gilt auch für Asylverfahren.

Frau Schleef fragte nach, ob in der nächsten Zeit Abschiebungen z. B. nach Afghanistan anstünden und in welchem Zeitraum diese angekündigt und durchgeführt werden.

Herr Schlumm teilte mit, dass 1.600 Personen vollziehbar ausreisepflichtig seien. Die Vorlaufzeit für eine Abschiebung beträgt eine Woche bis zu drei Monaten. Problematisch seien häufig die Beschaffung von Passersatzpapieren und die Identitätsfeststellung. Nach Afghanistan wird zurzeit nicht abgeschoben.

Herr Atalan fragte nach einer Statistik über die Zahl der Erwerbstätigen mit Duldungsstatus. Er fragte nach den Arbeitsmöglichkeiten von Personen mit einer Duldung.

Herr Schlumm erläuterte: Personen mit einer Duldung erhalten eine Arbeitserlaubnis, wenn sie das Abschiebungshindernis nicht selber verschuldet haben, also z. B. nicht mitwirken bei der Beschaffung von Passunterlagen. Zudem ist die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erforderlich, die nach dem Ergebnis der Vorrangprüfung erteilt wird, also nur, wenn es für die angestrebte Beschäftigung keine bevorrechtigten Arbeitssuchenden (Deutsche, EU-Angehörige, Ausländer mit Aufenthaltstitel) gibt.

Frau Schleef fragte Herrn Schlumm ob der Schulbesuch der Kinder und die Integrationsbereitschaft der Familien generell bei der Beendigung des Aufenthaltes berücksichtigt werden.

Herr Schlumm sagte, dass nach Beendigung des Verfahrens es keine Gesetzesgrundlagen gäbe, die dies berücksichtigen würden.

Herr Atalan sah Ermessensspielräume der Verwaltung.

Herr Schlumm verneinte dies im Hinblick auf die gesetzlichen Grundlagen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Gefroi begrüßte Frau Ahmed in der Kommission. Sie ist Gruppensprecherin von Amnesty International.

Herr Halberstadt fragte Herrn Köhnke wie mit dem Schulbesuch der Kinder, die vorher nicht schulpflichtig waren umgegangen wird. Herr Köhnke wird dazu einen Bericht der zuständigen Fachverwaltung anfordern.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Magdalene Gefroi
Vorsitz

Susanne Jostameling
Schriftführung